

Schulausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Schulausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 17.12.2002
Raum: Ratssaal des Rathauses
Sitzungsbeginn: 16:05 Uhr
Sitzungsende: 17:35 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Gemeindedirektor:

Protokollführer:

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.01.2002
- 4 Schulversuch der Grundschule Kleibrok "Lernen unter einem Dach"
Vorlage: 2002/301
- 5 Realisierung von Medienkonzepten in den Grundschulen
Vorlage: 2002/297
- 6 Zielperspektive "Selbständige Schule"
Vorlage: 2002/299
- 7 Anfragen und Hinweise
- 8 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kramer eröffnet die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 16:05 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ausschussvorsitzende Herr Kramer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 13 stimmberechtigte Mitglieder.

Des weiteren bittet Herr Kramer, den Tagesordnungspunkt 6 „Schulversuch der Grundschule Kleibrok – Lernen unter einem Dach“ vorzuziehen, da Herr Beyer von der Bezirksregierung Weser-Ems, Außenstelle Wilhelmshaven, anwesend ist und weitere Informationen zu diesem Thema mitteilen kann.

Frau Rehtien erklärt, dass die Eltern sich nicht ausreichend über die Thematik informiert fühlen und bittet darum, den Tagesordnungspunkt „Lernen unter einem Dach“ zwar zu beraten, aber keine Entscheidung in dieser Sitzung herbeizuführen. Frau Fisbeck schließt sich der Aussage von Frau Rehtien an.

Der Schulausschuss beschließt:

Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.01.2002

Der Schulausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 15.01.2002 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Schulversuch der Grundschule Kleibrok "Lernen unter einem Dach"

Vorlage: 2002/301

Sitzungsverlauf:

Herr Bruski erläutert ausführlich die Beschlussvorlage. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde als Schulträger formell beteiligt wird und die inhaltlichen Aspekte zur Umsetzung des Integrationskonzeptes Angelegenheit des Nds. Kultusministeriums ist. Die Gesamtkonferenz und der Schulelternrat der Grundschule Kleibrok haben ihre Zustimmung zum Schulversuch erteilt. Ziel ist es, möglichst viele Schülerinnen und Schüler in ihrem Klassenverband zu fördern, wobei soziale Erfahrungen gesammelt werden können. Schülerinnen und Schüler ohne Beeinträchtigung im Lernverhalten erlernen durch den gemeinsamen Unterricht soziale Grundfertigkeiten wie Empathie, Rücksichtnahme und partnerschaftliche Hilfe; die beeinträchtigten Kinder können weiterhin zur wohnortnahen Schule gehen und werden in ihrem Charakter nicht etikettiert und stigmatisiert. Das Thema „Lernen unter einem Dach“ wurde seinerzeit auch im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Anbau der Schule für Lernhilfe am Voßbarg“ diskutiert, wobei festgestellt werden könnte, dass nur wenige Schüler der ersten Primarklassen dort in Kombinationsklassen wiederzufinden sind, sodass der Schule nur wenige Schüler fehlen würden. Er weist darauf hin, dass die Schule am Voßbarg früher keine Primarschüler zu unterrichten hatte.

Herr Beyer von der Bezirksregierung Weser-Ems ergänzt die Aussage von Herrn Bruski dahingehend, dass entgegen dem vorgelegtem Entwurf des Nds. Kultusministeriums das Integrationskonzept so ausgearbeitet worden ist, dass der Grundschule Kleibrok nur Vorteile durch die Umsetzung des Schulversuchs entstehen werden. Er weist darauf hin, dass im Landkreis Friesland mehrere Schulen den Versuch gestartet haben und bisher von dem Projekt überzeugt sind. Des weiteren gibt er zu verstehen, dass mit der Antragstellung der Schulträger nicht zur Umsetzung des Projektes verpflichtet ist, sondern die Verpflichtung erst Mitte des kommenden Jahres eintreten würde. Er betont, dass das Konzept nicht zur Aufhebung des Primarbereiches in den Sonderschulen führen soll und die zusätzlichen Stunden der gesamten Grundschule zur Verfügung gestellt werden. Es besteht jederzeit die Möglichkeit, aus dem Schulversuch auszusteigen. Zum formellen Verfahren erklärt er, dass die Gesamtkonferenz einer Schule über die Durchführung des Schulversuches entscheidet und der Schulelternrat normalerweise nicht beteiligt werden muss. Eine kurzfristige Entscheidung zum Schulversuch der Grundschule Kleibrok wäre erforderlich, da die Bezirksregierung den Bedarf an Lehrkräften gegenüber dem Innenministerium melden muss.

Herr Steinhausen erklärt, dass er selbst eine Tochter an der Grundschule Kleibrok hat und zum Schulversuch „Lernen unter einem Dach“ nur über die Ratsarbeit informiert worden ist. Er gibt zu bedenken, dass durch das Integrationskonzept an den Grundschulen der Schule für Lernhilfe die Schüler genommen werden, was lehrstehende Klassenräume bedeuten könnte. Er gibt zu verstehen, dass der Antrag hätte frühzeitiger gestellt werden sollen, damit der Bedarf an zusätzlichen Klassenräumen in der Schule am Voßbarg neu hätte ermittelt werden können.

Herr Beyer weist nochmals darauf hin, dass das Integrationskonzept keine Kinder der Schule für Lernhilfe abwerben soll, sondern nur neue Kinder davor bewahren wird, dass diese nicht voreilig in den Sonderschulbereich eingegliedert werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorteile, die zu Beginn der Diskussion von Herrn Bruski erläutert worden sind.

Herr Langhorst spricht sich für die Durchführung des Schulversuchs „Lernen unter einem Dach“ aus. Er gibt zu verstehen, dass das System „Sonderschule“ nicht flächendeckend ist und ein „kleiner Förderbedarf“ nicht bedeutet, dass ein Kind in eine sonderpädagogische Einrichtung eingegliedert werden muss. Die Schule für Lernhilfe am Voßbarg wird bei Zustimmung des Kultusministeriums weitere Lehrstunden bewilligt bekommen, die an der Grundschule Kleibrok eingesetzt werden und dort die Zusammenarbeit der Lehrkräfte fördern könnte. Es würde unter anderem auch die Möglichkeit bestehen, dass Kinder, die eine Sonderschule besuchen, wieder in die Regelschule gehen können. Zu der Aussage von Herrn Steinhausen gibt er zu verstehen, dass die Schülerzahlen stetig steigen und die Schule für Lernhilfe nicht weniger Schüler haben wird. Er ist überzeugt, dass die Qualität der Schularbeit durch das Projekt verbessert werden kann, da das Integrationskonzept vom Kultusministerium auf die Pisa-Studie hin entwickelt worden ist.

Frau Fisbeck stimmt aus pädagogischen Gesichtspunkten der Aussage von Herrn Langhorst zu, gibt aber zu bedenken, dass die Eltern aufgrund der vorgegebenen Schuleinzugsbezirke nicht die Möglichkeit haben werden, wie bei dem integrativen Kindergarten die Schule des Kindes auszuwählen. Des weiteren weist sie darauf hin, dass viele Eltern den schlechten Informationsfluss beklagen und sie dem Schulversuch erst zustimmen kann, wenn die Eltern dem entsprechend informiert sind. Sie gibt zu verstehen, dass es recht ungewöhnlich erscheint, dass sich die anderen Grundschulen der Gemeinde Rastede nicht dem Schulversuch anschließen und stellt in den Raum, dass die Kinder ohne Beeinträchtigung im Lernverhalten einen Rückstand in der Bildung erleiden könnten.

Herr Kramer weist darauf hin, dass die Eltern der Grundschule Kleibrok dem Schulversuch mehrheitlich zugestimmt haben und sich die Gemeinde dem nicht entgegenstellen sollte. Er gibt zu verstehen, dass auch er ein Kind in dieser Grundschule hat und in dieser Angelegenheit informiert worden ist.

Frau Rehtien erklärt als Vertreterin der Eltern, dass nicht alle Eltern der Klassen in der Grundschule Kleibrok informiert worden sind und bittet daher den Tagesordnungspunkt auf eine spätere Schulausschusssitzung zu vertagen. Sie verdeutlicht, dass sich einige Elternteile in dieser Angelegenheit überrumpelt fühlen und auch sie es für bedenklich hält, dass die anderen Grundschulen diesem Schulversuch nicht zustimmen.

Herr Beyer gibt auf Anfrage von Frau Weber zu verstehen, dass die Bezirksregierung gegebenenfalls in Schulangelegenheiten über den Willen der Eltern hinaus verfügen kann und ein Kind bei Auffälligkeiten im Lernverhalten begutachten lässt. Dabei wird festgestellt, inwieweit bei einem Schüler ein Förderbedarf besteht.

Herr Ahlers spricht sich für die Durchführung des Schulversuches aus, da er von den Vorteilen für die Schülerinnen und Schüler sowie der Grundschulen überzeugt ist und keine Kosten für den Schulträger entstehen werden. Er gibt zu verstehen, dass der Versuch jederzeit abgebrochen werden kann und eventuell andere Grundschulen nachziehen werden.

Herr Krause bittet die Anwesenden über den Antrag der Schule direkt zu entscheiden und keine inhaltliche Diskussion zu führen, da dies nicht die Angelegenheit des Schulträgers ist. Er gibt zu verstehen, dass der Elternwille aus der Gesamtkonferenz entscheidend sein sollte und eine Ablehnung seitens der Schulausschussmitglieder inhaltlich und ausreichend begründet sein muss. Er erklärt, dass es kein Risiko bei diesem Schulversuch gibt.

Herr Kowalski, Vertreter der Lehrerschaft, schließt sich der Aussage von Herrn Krause an und stimmt dem Antrag der Grundschule Kleibrok zu.

Herr Steinhausen erklärt zur Aussage von Herrn Krause, dass es Jedermann selbst überlassen sein sollte, welche Meinung er vertritt und er dem Antrag der Grundschule nicht zustimmen wird, da er als Vater einer Schülerin nicht informiert worden ist. Des weiteren stellt er in den Raum, dass es völlig unklar ist, was nach dem Abschluss des Schulversuches geschehen wird.

Herr Langfermann gibt zu verstehen, dass er gerne zuvor über die Anwesenheit von Herrn Beyer als Experten in dieser Angelegenheit informiert gewesen worden wäre.

Die Sitzung wird zur weiteren Beratung zwischen den Mitgliedern des Schulausschusses für 10 Minuten unterbrochen. Im Anschluss findet die Abstimmung über die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes bis zur nächsten Sitzung des Schulausschusses zu Beginn des Jahres 2003 statt.

Hinweis: Die nächste Sitzung des Schulausschusses findet am 20. Januar 2003 statt.

Beschlussempfehlung:

Die Entscheidung über die Zustimmung zu dem Antrag der Grundschule Kleibrok in Kooperation mit der Schule für Lernhilfe Am Voßbarg auf Genehmigung des Schulversuchs „Lernen unter einem Dach“ wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 5

Realisierung von Medienkonzepten in den Grundschulen

Vorlage: 2002/297

Sitzungsverlauf:

Herr Bruski erklärt, dass die Verbesserung der Medienkompetenz bereits eine große Thematik der Kooperativen Gesamtschule Rastede (KGS) war und jetzt auch die Grundschulen der Gemeinde Rastede Fördermittel des Landes Niedersachsen in Anspruch nehmen möchten. Es besteht dabei die Möglichkeit, dass insgesamt 50 % der Gesamtfinanzierung bezuschusst werden können. Im Rahmen der Haushaltsberatung 2003 wird zu entscheiden sein, inwieweit die verbleibenden 13.000 € der Restfinanzierung in den Haushalt eingestellt werden. Er weist darauf hin, dass die Grundschulen durch ihre Fördervereine und durch die zur Verfügungstellung eigener Haushaltsmittel aus dem Schulbudget lediglich nur noch 13.000 € für die Umsetzung der Medienkonzepte an allen Grundschulen benötigen. Auf Anfrage von Frau Fisbeck gibt er zu verstehen, dass die Grundschule Feldbreite vermutlich keinen Förderverein hat, da der Ausländeranteil sehr hoch ist und die Möglichkeit der Gegenfinanzierung schwierig sein dürfte. Der Förderverein der Grundschule Hahn-Lehmden wird sich nicht an der Finanzierung des Medienkonzeptes beteiligen, da vor kurzer Zeit ein anderes Projekt unterstützt worden ist.

Herr Langfermann gibt zu verstehen, dass es durchaus bemerkenswert ist, dass die Schulen aus ihrem eigenen Budget Mittel für die Umsetzung der Medienkonzepte zur Verfügung stellen, sodass der Maßnahme zugestimmt werden sollte.

Herr Langhorst schließt sich der Aussage von Herrn Langfermann an und erkundigt sich, inwieweit die Schule für Lernhilfe die Umsetzung eines Medienkonzeptes verfolgt. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Folgekosten der Administration bedacht werden müssen und diesbezüglich ein Fonds unter den Schulen geschaffen werden könnte.

Herr Henkel erklärt, dass die Schule für Lernhilfe bereits Haushaltsmittel sowie Fördermittel für die Umsetzung eines Medienkonzeptes in Anspruch genommen hat und die Schulleiter in einer Zusammenkunft den Umgang mit Folgekosten geklärt haben. Im Verwaltungshaushalt der Gemeinde werden, soweit besondere Ausgaben deklariert werden, gesondert Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Auf Anfrage von Frau Weber und Herrn Kowalski weist er darauf hin, dass die Vergaben für die Ausstattung des zweiten EDV-Raumes der KGS vor kurzem im Verwaltungsausschuss beschlossen worden sind.

Herr Langfermann weist darauf hin, dass das Land Niedersachsen ebenfalls gesonderte Fördermittel für Administrationsleistungen zur Verfügung gestellt hat.

Beschlussempfehlung:

Über die notwendigen Gegenfinanzierungsmittel für die Realisierung der Medienkonzepte in den Grundschulen wird bei der Beschlussfassung über den Haushalt 2003 entschieden. Zur Fristwahrung erforderliche Anträge der Schulen können vorab gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Zielperspektive "Selbständige Schule"

Vorlage: 2002/299

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr erläutert ausführlich die Beschlussvorlage. Dabei geht er auf die Grundsätze der „Selbständigen Schule“ ein und erklärt, dass Impulse gegeben werden sollen, die eine gute Unterrichtsqualität sowie die Verbesserung des Bildungssystems herbeiführen sollen. Des weiteren gibt er zu verstehen, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbar ist, inwieweit die Zielperspektive „Selbständige Schule“ Auswirkungen (Konsequenzen und Finanzierung) auf die Gemeinde haben wird.

Herr Kowalski weist darauf hin, dass es zwischenzeitlich Musterverträge und weitere Informationen zur Zielperspektive „Selbständige Schule“ gibt, die zum Download vom Nds. Kultusministerium zur Verfügung gestellt werden.

Herr Kramer erklärt, dass noch abgewartet werden muss, inwieweit sich die Angelegenheit entwickelt, da die Landtagswahl im Februar 2003 Veränderungen mit sich bringen könnte. Er verweist auf eine Broschüre des Landes Niedersachsen, die weitere Informationen zum Thema „Selbständige Schule“ beinhaltet.

Herr Langfermann bittet darum, dass bei einer weiteren Beratung dieser Thematik ein Fachmann eingeladen wird.

Herr Langhorst gibt zu verstehen, dass es weitere Veränderungen auch im Schulgesetz geben wird und er die Chance sieht, dass die Bildungspolitik positiv vorangetrieben wird.

Beschlussempfehlung:

Die Informationen und Zielperspektiven zur "Selbständigen Schule" werden zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 7

Anfragen und Hinweise

Es werden keine Anfragen gestellt bzw. Hinweise geäußert.

Tagesordnungspunkt 8

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kramer schließt die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 17:35 Uhr.